

Für mehr Lebensqualität in Ostprignitz-Ruppin

Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 1. März 2014, Autohof Fretzdorf

Kreiswahlprogramm der Partei DIE LINKE.OPR für die Kommunalwahlen 2014

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Am 25. Mai 2014 sind wir alle aufgerufen - neben der Wahl zum Europäischen Parlament - die Mitglieder des Kreistages, der Stadtverordnetenversammlungen, der Gemeinde- und Ortsteilvertretungen zu wählen.

DIE LINKE.OPR sieht die Kommunalpolitik als Mittel der sehr direkten Einflussnahme auf die konkrete Lebenssituation der Menschen in unseren Dörfern und Städten. Viele leben gern hier und nicht wenige wollen nach Studium und Ausbildung in der Ferne hierher zurückkehren. Gleichwohl ist unsere Region im Wandel. In Ostprignitz-Ruppin leben erstmals nach der vor 20 Jahren stattgefundenen Kreisgebietsreform weniger als 100.000 Bürgerinnen und Bürger. Das ist auch Ergebnis von Fehlern der Politik in den ländlichen Räumen, die fehlende bzw. wegbrechende Infrastruktur. Ohne Änderung dieser Politik auf allen Ebenen wird der Bevölkerungsrückgang anhalten. Zusätzlich wird uns der überproportional wachsende Anteil von Seniorinnen und Senioren bei gleichzeitig sinkendem Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter und der Kinder vor neue Herausforderungen stellen. DIE LINKE.OPR will diesen Wandel nicht verwalten, aus Schrumpfung soll Transformation werden. Das heißt für uns gegensteuern, wo möglich, und sich auf Veränderungen einstellen, wo nötig. Ein Schwerpunkt wird sein, darauf Einfluss zu nehmen, dass die Barrierefreiheit in den Städten und Gemeinden nachhaltig verbessert wird.

Auch für unsere Region gilt der verfassungsmäßige Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen. Unsere kommunalpolitische Arbeit wird sich deshalb auf die Sicherung der vier öffentlichen Güter konzentrieren: Bildung/ Kultur, Mobilität, Gesundheitsversorgung und Kommunikation. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sehen wir als eine zwingende Voraussetzung für die Entwicklung unseres Landkreises.

1. Gute Bildung, Zugang zu Kultur und Sport gewährleisten

Bildung ist ein Grundrecht für alle Bürgerinnen und Bürger und darf nicht von deren Herkunft abhängen. Teilhabe am lebenslangen Lernen hat für uns höchste Priorität.

Lernen beginnt schon im Kindergarten. Um allen Kindern faire Chancen von Anfang an zu eröffnen, unterstützt DIE LINKE.OPR alle Maßnahmen, die die Qualität der Kinderbetreuung in den Tageseinrichtungen verbessern. Dazu gehören insbesondere eine umfassende Sprachförderung für alle Kinder, die Qualifizierung und Professionalisierung der Erzieherinnen, Erzieher und Tagespflegepersonen sowie die schrittweise Sanierung der Kindertagesstätten.

Als wichtige Voraussetzung für die qualitative Verbesserung frühkindlicher Bildung benötigen wir einen besseren Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten. In diesem Sinne unterstützen wir die Aktionen der Kita-Initiativen Brandenburgs.

Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zu stärken ist unser zentrales Ziel. Spielräume in der Gestaltung der Öffnungszeiten sind für Eltern entscheidend, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können.

DIE LINKE.OPR setzt sich für bedarfsgerechte und wohnortnahe KITA – Plätze, sozial verträgliche KITA – Gebühren und bedarfsgerechte Öffnungszeiten ein. Deshalb fordern wir einerseits familienfreundliche Arbeitszeitregelungen, wo immer möglich. Dazu gehört eine Abendbetreuung. Wir unterstützen Familien, in dem wir gemeinsam mit den regionalen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle prüfen. Gemeinsam mit den regionalen Arbeitgebern sollte geprüft werden, ob in Ausnahmefällen auch Wochenendbetreuung sinnvoll und gewünscht ist.

Alle Schulstandorte müssen erhalten, die Schülerbeförderung beitragsfrei bleiben. Dazu wird mittelfristig auch ein Gemeinschaftsschulkonzept beitragen können. Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe sehen wir als besonders unterstützenswert an, da auch sie ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Die schrittweise Einführung der inklusiven Gemeinschaftsschule als Ganztagesangebot wollen wir unterstützen. Dazu notwendig ist auch bauliche Barrierefreiheit, aber vor allem personelle Voraussetzungen zu schaffen. Schulsozialarbeiterinnen und –arbeiter gehören an jede Schule. Die Lehrkräftesituation muss weiter spürbar verbessert und Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer ausgebaut werden. Wir halten an dem Ziel fest, eine beitragsfreie KITA- und Schulspeisung einzurichten.

Wir setzen uns für eine enge Verzahnung von Schule und regionaler Wirtschaft ein.

Das Oberstufenzentrum soll die Vielfalt von Ausbildungsgängen beibehalten, wenn möglich und notwendig weiter ausbauen. Gleiches gilt für die Bildungsangebote der Volkshochschule. DIE LINKE hat hierbei aber auch die sozialverträglichen Gebühren im Blick.

Der in Neuruppin beheimatete Campus und die darin integrierte Medizinische Hochschule Brandenburg „Theodor Fontane“ bietet die Chance, als private Hochschule in öffentlicher Hand, eine innovative universitäre Ausbildung dauerhaft zu etablieren und gleichzeitig den sich abzeichnenden Ärztemangel in unserer Region abzumildern. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass allen Interessierten, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ein Zugang zur Hochschule ermöglicht wird.

DIE LINKE setzt sich für eine vielfältige Kulturlandschaft ein. Der Kulturentwicklungsplan des Landkreises bietet dafür gute Voraussetzungen. Die Festspielregion „Ruppiner Land“ mit Fontanefestspielen und Äquinox-Musiktagen in Neuruppin, dem Theatersommer in Netzeband, der Seebühne in Wustrau, der Kammeroper in Rheinsberg gilt es zu etablieren. Hinzukommen sollten die Schöllerfestspiele in der Kleeblattregion Kyritz - Neustadt/Dosse - Wusterhausen. Diese kulturellen Highlights müssen intensiver für den Bereich Kulturtourismus genutzt und dafür auch besser koordiniert werden.

Kultur darf aber nicht nur für Touristen da sein, sondern muss auch erlebbar bleiben für die Menschen im Landkreis. Deshalb werden wir uns für die Einführung eines Kultur - Sozialtickets einsetzen. Die Gebühren für Kunst- und Musikschulen, sowie für Museen und Bibliotheken dürfen nicht die Zugangsmöglichkeiten für sozial benachteiligte Menschen behindern. An der Kulturförderung des Landkreises darf nicht weiter gespart werden. Gleichzeitig bleibt die Sicherung der Erreichbarkeit der Angebote in der Region mit öffentlichen Verkehrsmitteln ein wichtiges Thema für DIE LINKE.

Sport fördert die Gesundheit. In etwa 160 Sportvereinen sind mehr als 13.000 Sportlerinnen und Sportler in OPR organisiert. Tausende Ehrenamtliche leisten seit Jahren Vorbildliches. Der Sport verbindet die Menschen, stiftet Identität, holt die Kinder von der Straße, vermittelt soziale Kompetenz und wirkt Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegen. Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine verlässliche Sportförderung und den Erhalt der Sportstätten ein.

Gleichzeitig setzen wir uns weiter auf Bundesebene dafür ein, dass bei HARTZ IV – Betroffenen Aufwandsentschädigungen für engagierte ehrenamtliche Arbeit nicht auf den Regelsatz angerechnet werden.

2. Mobilität: „Wer hier bleiben will, muss auch mal wegkommen können.“

Der öffentliche Personennahverkehr ist aus sozialen und ökologischen Gründen wichtig. Er gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und kann nicht, vor allem im ländlichen Raum, nur mit nackten Fahrgastzahlen gerechtfertigt werden. Das Streckennetz der kreiseigenen Nahverkehrsgesellschaft darf nicht weiter ausgedünnt werden. Im Gegenteil, ein bedarfsgerechter Ausbau ist angezeigt. Neben einer intelligenten Streckenführung bedarf es Rufbusmodelle, die Kooperation und Abstimmung mit Nachbarlandkreisen und Fahrpläne, die mit denen der Bahn abgestimmt sind.

DIE LINKE kämpft für den Erhalt des Schienennetzes und eine direkte Anbindung des Prignitzexpress ins Berliner Stadtzentrum, sowie eine saisonunabhängige Zugverbindung nach Rheinsberg. Die Wiederinbetriebnahme der Strecke Neustadt/Dosse nach Neuruppin bleibt unser Ziel. Ein integriertes regionales Verkehrskonzept muss für alle Verkehrsmittel und unter einer breiten Bürgerbeteiligung erarbeitet werden. Dazu gehört für uns auch der Erhalt der Bahnlinie RB 74/75. Der Bedarf muss sowohl aus dem Berufsverkehr als auch aus der Mobilitätssicherung für die einheimische Bevölkerung sowie der Gäste in der Region ermittelt werden.

DIE LINKE will prüfen, inwieweit sich Modelle aus anderen Regionen des Landes auf Ostprignitz-Ruppin übertragen lassen, z.B. der „Kombi – Bus“ in der Uckermark. DIE LINKE setzt sich für ein Modellprojekt „Kreis- und Ländergrenzen überschreitende touristische Mobilität“ ein, um die Attraktivität unserer Region zu verbessern.

Auch wenn wir durch die Sicherung und den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs Individualverkehr reduzieren und Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern wollen, muss der Straßenunterhalt gesichert werden. Die Mittelzuweisung dafür muss bedarfsgerecht nach Kilometer und Standard erfolgen.

3. Gesundheit ein hohes Gut

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Landkreis ist eine zwingende Voraussetzung, um in Würde hier leben zu können. Der Arztmangel trifft unsere Region deshalb besonders hart. Wir wollen, dass Arztpraxen möglichst patientennah erreichbar sind. Die kreiseigene PRO Klinik Holding steht in einer besonderen Verantwortung, den vorhandenen und zukünftigen Bedarf an Ärztinnen und Ärzten zu sichern. Medizinische Versorgungszentren (MVZ) und Zweigpraxen sind ein wichtiger und richtiger Ansatz. Aber auch das Ärztenetzwerk „Medifair“ erhält die Unterstützung der LINKEN. Das Modellprojekt Schwester „AGNES“ soll auf den gesamten Landkreis ausgedehnt werden.

Die Krankenhäuser im Landkreis sind ein wichtiger Anker in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Sie sollen sich stärker im ambulanten Sektor engagieren können. Kooperationen zwischen den Krankenhäusern werden von uns befürwortet. Die PRO Klinik Holding mit den Ruppiner Kliniken und ihren mehr als 2.200 Beschäftigten darf nicht privatisiert werden. Wir wollen den Beschäftigten Mitbestimmungsrechte in einem paritätischen Aufsichtsrat sichern.

Ostprignitz-Ruppin bietet sich als Gesundheitsregion förmlich an. Hier existiert ein großes Angebot an Fach- und Rehakliniken neben den 3 Krankenhäusern. Eine Medizinische Hochschule kann dazu beitragen, dass junge Mediziner in die Region gelangen und bietet zusätzlich die Chance, dass sich medizinische Labore, Forschungseinrichtungen, Betriebe für Medizintechnik usw. in der Region vergrößern bzw. neu ansiedeln. Der Gesundheitssektor ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Der Gesundheitstourismus kann darin ein wichtiges Standbein sein.

Neben einem bedarfsgerechten Angebot mit stationären Pflegeeinrichtungen wird der ambulante Sektor ausgebaut werden müssen. Senioren-Wohngemeinschaften, insbesondere für Demenzkranke und Mehrgenerationenhäuser werden flächendeckend gebraucht. Eine angemessene Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in diesen Bereichen gehören für DIE LINKE zwingend dazu.

Ein Sterben in Würde gehört zum Leben. Deshalb unterstützt DIE LINKE den Aufbau von Hospizvereinen und palliativmedizinischen Diensten in Ostprignitz-Ruppin. Die ambulanten Angebote der Hospiz- und Palliativarbeit müssen im ganzen Landkreis ausgebaut werden.

Die Gesundheitsprävention wird weiterhin an Bedeutung gewinnen. Deshalb sind ein öffentlich gefördertes Angebot im Breiten- und Freizeitsport sowie die besondere frühkindliche Förderung und Betreuung wichtig. Vorsorgeuntersuchungen müssen für Kinder während der gesamten Schulzeit angeboten werden.

4. Kommunikation muss möglich sein

Eine moderne Telekommunikation ist für viele Menschen ein wichtiger Teil ihrer Lebensqualität, kann Arbeitsplätze in der Region sichern oder gar schaffen und kann zukünftig, mit dem von der LINKEN unterstützten Ausbau der Telemedizin, lebensrettend sein.

Sie ist die Grundlage für die weitere wirtschaftliche und touristische Entwicklung sowie stärkere Vernetzung im Landkreis.

DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Mobilfunk in jeder Region von OPR verlässlich empfangen werden kann. Der weitere Ausbau von Breitbandkabelanschlüssen für ein schnelles Internet muss vorangetrieben werden.

Internetangebote der Kreisverwaltung müssen übersichtlicher gestaltet und breiter gefächert werden. Die Barrierefreiheit muss auch im digitalen Zeitalter berücksichtigt werden.

Sichere öffentlich zugängliche W-LAN-Anschlüsse sollen kostenfrei an wichtigen touristischen Orten im Landkreis eingerichtet werden.

5. Die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben

Neuruppin hat sich als einer der Regionalen Wachstumskerne im Land Brandenburg etabliert. Die Interkommunale Kooperation mit der Stadt Rheinsberg, dem Amt Lindow, dem Amt Temnitz und der Gemeinde Fehrbellin hat sich bewährt.

Die Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung muss nun mit der Kleeblattregion (Kyritz – Neustadt/Dosse - Wusterhausen) und dem Autobahndreieck Wittstock ausgebaut und strategisch koordiniert werden. Die neu gegründete Regionale Entwicklungsgesellschaft bietet dafür die besten Voraussetzungen. Dabei darf die Zusammenarbeit mit dem Regionalen Wachstumskern Prignitz nicht zu kurz kommen.

DIE LINKE setzt sich für eine Arbeitsplätze schaffende und sichernde, vor allem aber nachhaltige regionale Wirtschaftsförderung ein. Dabei sollte die Verarbeitung und Verwertung regionaler Produkte aus der Forst- und Landwirtschaft hier vor Ort angestrebt werden. Wir wollen eine agrogentechnik-freie Land-, Forst- und Gartenbauwirtschaft. Der Boden darf nicht zum Spekulationsobjekt, die breite Streuung des Bodeneigentums muss erhalten werden. Wir wenden uns gegen eine ausufernde Massentierhaltung. Derartige Anlagen stehen für Tierleid, Umweltschäden und Gefährdung der menschlichen Gesundheit.

Die kommunalen Unternehmen sind tragende Säulen der Wirtschaft und der kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb stellt sich DIE LINKE entschieden gegen ihre Privatisierung. Im Gegenteil wollen wir eine Rekommunalisierung zur Erfüllung der Aufgaben in der öffentlichen Daseinsvorsorge voranbringen. Dazu gehört auch die Energieversorgung. Die Aufträge der kommunalen Unternehmen sind klar auf die Interessen der Bevölkerung in der Region zu orientieren. So sollen die Ruppiner Kliniken die regionale Gesundheits- und Pflegestruktur weiter voranzubringen, die Sparkasse die regionale Wirtschaft unterstützen und zusätzliche finanzielle Leistungen für die regionale Bevölkerung erbringen (Stiftung). Der ORP soll zur Verbesserung der Mobilität in allen Teilen des Landkreises beitragen. Bei der AWU müssen die Gebührenkalkulationen in der Abfallwirtschaft für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sowie solidarisch und gerecht sein.

Existenzsichernde Löhne sind ein Garant für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft. Öffentliche Aufträge müssen transparent und wo immer möglich in der Region vergeben werden. Das erhält bzw. steigert die Kaufkraft und die Gewerbesteuererinnahmen in den Kommunen des Landkreises.

DIE LINKE setzt sich für den Erhalt eines Regionalcenters der IHK in OPR ein.

Dem Fachkräftemangel in der regionalen Wirtschaft möchte DIE LINKE durch eine noch engere Verzahnung von Schulen, Betrieben und Berufsberatungszentren sowie mit mehr Aufmerksamkeit für die Integration von Erwerbslosen begegnen. Das allein wird aber nicht ausreichen. Deshalb setzen wir uns verstärkt für den Zuzug von inländischen und ausländischen Fachkräften ein. Wir wollen ihnen hier optimale Bedingungen zur Integration bieten. Das brandenburgische Rückkehrerprogramm bietet Möglichkeiten, die Ostprignitz-Ruppin stärker nutzen muss.

6. Energiewende: bezahlbar, regional, demokratisch

Gemeinsam mit den kommunalen Stadtwerken gilt es, ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, das ein schrittweises Entrinnen aus der Abhängigkeit von den großen Stromkonzernen und atomaren oder fossilen Energiequellen ermöglicht. Dieses verlangt einen konsequenten Ausbau einer dezentralen, erneuerbaren Energieproduktion. Die Energiewende muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben und die demokratische Mitentscheidung und finanzielle Teilhabe in der Region verbessert werden.

Die stofflich und energetisch nachhaltig nutzbaren Waldpotenziale sind zu erschließen, ebenso wie die Potenziale von agroforstlichen Systemen, z.B. Kurzumtriebsplantagen. Landwirtschaftliche Monokulturen, die der Produktion von Energie dienen oder die Verwendung von Nahrungsmitteln für die Energieerzeugung lehnen wir ab.

Photovoltaik-Anlagen wollen wir vorrangig auf versiegelten Flächen entwickeln. Dazu soll ein Kataster für Dachflächen erstellt werden, um weitere nutzbare Flächen für Photovoltaik-Anlagen zu erfassen. Weniger sinnvoll sind Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen oder forstlichen Nutzflächen.

DIE LINKE wendet sich gegen einen massiven Ausbau der Bürgerinnen und Bürger sowie die Landschaft belastende Windenergieanlagen, lehnt solche Anlagen z.B. in der Kyritz-Ruppiner Heide ab und setzt stattdessen vorrangig auf die Erhöhung der Leistung vorhandener Anlagen.

Ein wichtiges Element, sich aus der Abhängigkeit der Stromkonzerne zu befreien, können auch energieautarke Orte sein: Energiedörfer, in denen die Energie durch dezentrale Anlagen produziert, deren erzeugte Energie auch vor Ort genutzt wird. Bei all diesen Überlegungen ist eine rege Bürgerbeteiligung im Diskussionsprozess wie auch anschließend beim Betreiben solcher Anlagen sinnvoll. Genossenschaftsmodelle können die Akzeptanz für regenerative Energien fördern. Die Bevölkerung fordert zu Recht nicht nur, dass die Energiewende besser erklärt wird, sondern will auch an ihr teilhaben.

Neben der Gewinnung von Energie aus regenerativen Quellen gilt es aber auch, Energieeinsparmöglichkeiten zu finden und vor allem Speichermöglichkeiten zu erschließen. Wichtig für die Zukunft ist auch, die kommunale Verfügbarkeit über die Energienetze zu gewährleisten. Die Netze gehören in die Hand der Stadtwerke.

7. Die soziale Infrastruktur erhalten und ausbauen

Im Landkreis existiert eine reiche Vielfalt an Vereinen und Verbänden. Diese Vielfalt gilt es, zu erhalten und zu fördern. Dabei ausschließlich auf das ehrenamtliche Engagement zu bauen, ist der falsche Ansatz. Gezielte Förderung dieser für das Allgemeinwohl so wichtigen Angebote bleibt auch in Zeiten knapper werdender öffentlicher Mittel eine Aufgabe, der sich alle Verantwortlichen stellen müssen. Die Streichung von Mitteln im so genannten freiwilligen Bereich ist der falsche Weg. Diese so genannten Freiwilligen Leistungen sieht DIE LINKE als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, deren Sicherung nicht unter finanziellen Vorbehalt gestellt werden darf. Vielmehr wird eine Planungssicherheit mittels vertraglicher Gestaltung und fester finanzieller Zuwendung benötigt.

Die Attraktivität des Landkreises wird erhöht, wenn auch Jugendlichen bedarfsgerechte Angebote zur Freizeitgestaltung gemacht werden. Die Sport- und Jugendvereine leisten seit Jahren hervorragende Arbeit. Gemeinsam mit den Schulen müssen die Angebote in Form von Arbeitsgemeinschaften und Kooperationen weiter ausgebaut werden. Die Jugendsozialarbeit muss gestärkt und gerade für die Dörfer mobile Angebote gesichert werden.

Dorfgemeinschaftshäuser, Jugendklubs und andere kommunale Begegnungsstätten sind zur Sicherung der Lebensqualität in unserer Region wichtig. Wir wollen ein Förderprogramm für Dorfläden initiieren.

8. Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlage

Unser Landkreis zwischen Rhin und Dosse mit viel Wald und Wasser ist ein wertvoller Schatz vielfältiger Kulturlandschaften. Besonders schützenswert ist der Naturpark „Stechlin – Ruppiner Land“.

Teile des ehemaligen Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide gehören zum Nationalen Naturerbe. Bei der Entwicklung dieses Geländes wollen wir die Interessen der regionalen Bevölkerung und der Gäste in unserer Region einbinden. Die enge Partnerschaft zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der Sielmann-Stiftung und der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft hat sich bewährt und soll fortentwickelt werden. DIE LINKE fordert vom Bund die Finanzierung einer zügigen Teilberäumung des munitionsverseuchten Geländes mit dem Ziel einer schrittweisen Öffnung zur Nutzung für Freizeit und Tourismus. Dafür wollen wir, dass Langzeiterwerbslose im Rahmen der öffentlichen Beschäftigungsförderung dort eine neue Perspektive bekommen. So genannte 1 Euro – Job müssen die Ausnahme und an strikte Freiwilligkeit gebunden sein.

Wir setzen uns für einen naturverträglichen Tourismus ein. Dabei dürfen die unterschiedlichen Interessen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Alle Maßnahmen zum Ausbau der touristischen Infrastruktur müssen auf den Erhalt von Natur- und Kulturlandschaft ausgerichtet sein.

Die Renaturisierungsvorhaben u.a. im Rhinluch unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung finden unsere Unterstützung. DIE LINKE fordert die verstärkte Wiederanpflanzung von Alleebäumen an den Kreis- und Ortsverbindungsstraßen.

DIE LINKE befürwortet den vollständigen Rückbau des ehemaligen KKW Rheinsberg und die anschließende Eingliederung der Fläche in das Naturschutzgebiet „Stechlin“.

9. Zukunftsfähige Kommunale Verwaltungen

Die Verwaltung ist ein Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises. Wir benötigen eine effektive, barrierefreie und bürgerfreundliche Verwaltungsstruktur. Investoren und Gewerbetreibende dürfen nicht durch hohe bürokratische Hürden abgeschreckt und vertrieben werden.

DIE LINKE fordert eine Überprüfung der kommunalen Aufgabenverteilung und unterstützt die interkommunale Zusammenarbeit.

Dagegen sehen wir die finanzielle Sanierung des Landkreises auf Kosten der kreisangehörigen Kommunen mittels permanenter Erhöhung der Kreisumlage sehr kritisch. Ebenfalls kritisch beurteilen wir die Neubaupläne einer neuen Kreisverwaltung in Neuruppin.

Das Kommunale Jobcenter darf nicht repressiv und demütigend für die von HARTZ IV Betroffenen arbeiten. Wir wollen, dass Sprechzeiten auch vor Ort angeboten werden. Nachdenklich stimmt uns die weiterhin sehr hohe Zahl von Klagen am Sozialgericht Neuruppin. Die Einrichtung einer Ombudsstelle zur Vermeidung von Sozialgerichtsverfahren wird von der LINKEN weiter angestrebt.

Eine weitere Kommunal- und Kreisgebietsreform zeichnet sich ab. Verständlicherweise halten die Bürgerinnen und Bürger nicht allzu viel davon und auch DIE LINKE bleibt skeptisch. Die letzten Gebietsreformen haben kein Mehr an Bürgernähe gebracht – eher das Gegenteil bewirkt. Die so wichtige Identifikation mit der Gebietskörperschaft ist verloren gegangen.

Für die Neugestaltung der kommunalen Verwaltung gelten für DIE LINKE folgende Prämissen: **Effektivität, Zukunftsfestigkeit, Bürgernähe und mehr Demokratie.**

Die Erfahrungen in unserem Nachbarland Sachsen-Anhalt zeigen, dass mit dem Modell einer Verbandsgemeinde die Verwaltungskraft gestärkt wird, ohne dass dafür die Selbstständigkeit aufgegeben werden muss. DIE LINKE setzt sich daher für die Brandenburgische Amtsgemeinde ein.

Darüber hinaus wollen wir, dass die Bürgerinnen und Bürger zukünftig stärker in die Entscheidungen direkt eingebunden werden. Die Erfahrungen vor allem in Skandinavien aber auch in Rohrlack (Gemeinde Temnitztal) zeigen, dass die Dorfbewegung und Dorfparlamente dazu beitragen können, dass sich Bürgerinnen und Bürger wieder verstärkt für die Belange ihrer Orte interessieren, sie sich einmischen und letztendlich die Zukunft mitgestalten.

DIE LINKE wird weiterhin Bürgerbewegungen aktiv unterstützen, die sich um Belange ihrer Lebensumwelt sorgen. Beispielhaft sein hier die BI „Gegen den Mautausweichverkehr“ genannt. Die bisherige Praxis der Kreisverwaltung im Umgang mit den berechtigten Bürgerprotesten ist inakzeptabel.

Es ist selbstverständlich, dass DIE LINKE.OPR um den Status der Kreisstadt Neuruppin kämpfen wird.

10. Kampf gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit

Den alten und neuen Nazis wollen wir kein Stück unserer Heimat überlassen. Weder auf der Straße noch in den Parlamenten. DIE LINKE unterstützt deshalb aktiv die zivilgesellschaftlichen Initiativen „Neuruppin bleibt bunt“, „Fehrbellin bleibt bunt“, „Wittstock bekennt Farbe“, „Stolpersteine“ und weitere. Wir setzen uns für eine aktive Erinnerungskultur ein. Dazu gehören Gedenkstätten und Gedenkkorte – für deren Erhalt wir kämpfen. Weniger bekannte Gedenkkorte, wie z.B. in Wulkow, dürfen nicht aus dem Blickfeld geraten.

Genauso wichtig ist es aber, dass wir den Flüchtlingen und Zugewanderten eine Willkommenskultur vorleben und ihre Integration fördern.

DIE LINKE setzt sich für eine menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber ein. Dabei Wohnheime auf Übergangs- und Notsituationen beschränkt werden. Gerade Familien müssen verstärkt in Wohnungen im gesamten Landkreis untergebracht werden.

Deutsch-Kurse zur Überwindung der sprachlichen Barrieren müssen vom ersten Tag ihres Aufenthaltes in Ostprignitz-Ruppin möglich sein.

DIE LINKE ist froh, dass das Gutscheinsystem nach langem Kampf im Landkreis OPR abgeschafft wurde. Wir setzen uns dafür ein, dass ähnlich wie in anderen Bundesländer den Flüchtlingen eine spezielle Krankenkassenkarte zur Verfügung gestellt wird, damit auch sie die freie Arztwahl treffen können.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit diesem Wahlprogramm werben wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimmen. DIE LINKE.OPR nimmt gerne Ihre Anregungen, Hinweise und Veränderungsvorschläge zur Kenntnis. Gemeinsam mit Ihnen sind wir in der Lage einen sozial gerechten und wirtschaftlich starken Landkreis zu gestalten.